

Ein militärisches Eingreifen der USA und der NATO in der Ukraine wird auch von der US-Pressagentur The Associated Press als äußerst unwahrscheinlich angesehen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 040/14 – 05.03.14**

Analyse: Die Eingriffsmöglichkeiten der USA und der EU in der Ukraine sind begrenzt

Von Julie Pace, The Associated Press
STARS AND STRIPES, 01.03.14

(<http://www.stripes.com/news/europe/analysis-limited-us-european-options-in-ukraine-1.270682>)

WASHINGTON – Präsident Barack Obama und die führenden Politiker Europas haben trotz ihrer lautstarken Warnungen vor den Auswirkungen und Folgen einer militärischen Intervention Russlands in der Ukraine selbst nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten; die ehemalige Sowjetrepublik wird immer mehr zum Zentrum des sich verschärfenden Konflikts zwischen dem Osten und dem Westen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich bisher weder durch die US-Drohung, Obama werde nicht an dem im Sommer in Russland geplanten G8-Gipfel teilnehmen, noch durch den möglichen Abbruch der von Russland gewünschten Handelsgespräche beirren lassen.

Weil die Ukraine noch kein volles Mitglied der NATO ist, können sich die USA und Europa auch nicht darauf berufen, dass sie die Ukraine (im Falle eines Angriffs) verteidigen müssen. Auch größere UN-Aktivitäten sind nicht zu erwarten, weil Russland im Sicherheitsrat ein Vetorecht hat.

"Die USA, die NATO und andere Staaten haben sich zu starken Worten hinreißen lassen," erklärte Keir Giles (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Keir_Giles), ein britischer Militäranalyst des Chatham House Think Tanks in London (s. <http://www.chathamhouse.org/>). "Aber das sind nur leere Drohungen. In Wirklichkeit haben sie kaum Eingriffsmöglichkeiten."

Diese Tatsache wird auch dadurch unterstrichen, dass Putin am Samstag (den Russischen Föderationsrat, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%B6derationsversammlung>) um die Genehmigung ersucht und sie auch erhalten hat, die russischen Streitkräfte nicht nur auf der Krim, sondern in der gesamten Ukraine einsetzen zu dürfen. Der Antrag Putins erfolgte nur einen Tag nach der Warnung Obamas, "dass jede Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sehr destabilisierend wirken würde".

Nach dreimonatigen politischen Unruhen in der Ukraine, die ausgebrochen sind, weil sich der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch gegen ein Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union und für engere Beziehungen zu Moskau entschieden hat, ist am Samstag eine völlig neue Entwicklung eingetreten. Janukowytsch war schon letzte Woche aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew geflohen und soll sich jetzt in Russland aufhalten.

Der Schachzug Putins wird die Spannungen sicher erhöhen und seine Beziehung zu Obama noch mehr belasten; der US-Präsident hat schon wiederholt vergeblich versucht, die Einstellung Putins zu verschiedenen Problemen zu ändern.

Die Möglichkeiten der USA, Russlands Verhalten gegenüber der Ukraine und in anderen Konflikten zu bestrafen, sind sehr begrenzt, weil das Weiße Haus bei der Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien und bei den Verhandlungen mit dem Iran über dessen Atomprogramm auf die Vermittlung Russlands angewiesen ist; außerdem soll der Abzug der US-Truppen mitsamt ihrer Ausrüstung aus Afghanistan teilweise über russisches Staatsgebiet erfolgen.

"Wir stehen vor einer schwierigen Wahl, denn wenn wir Russland bestrafen, bestrafen wir uns auch selbst," äußerte Andrew Kuchins, der für Russland zuständige Direktor des Centers for Strategic and International Studies in Washington (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Center_for_Strategic_and_International_Studies).

Obama hat schon einmal versucht, eine geplante Russland-Reise als Druckmittel zu verwenden, in den Hoffnung, Putin werde zur Vermeidung eines diplomatischen Eklats einlenken. Letzten Sommer drohte das Weiße Haus damit, einen bilateralen Gipfel zwischen Obama und Putin platzen lassen, weil sich Russland geweigert hatte, den NSA-Whistleblower Edward Snowden an die USA auszuliefern.

Als Russland stattdessen Snowden vorläufiges Asyl gewährte, sagte Obama zwar sein geplantes Treffen mit Putin ab, nahm aber trotzdem am G20-Gipfel in St. Petersburg teil (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_der_zwanzig_wichtigsten_Industrie-_und_Schwellenl%C3%A4nder).

US-Offizielle überlegen jetzt gemeinsam mit Vertretern europäischer Staaten, ob sie das im Juni 2014 in Sotschi, dem Austragungsort der Olympischen Winterspiele, geplante G8-Treffen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_der_Acht) absagen sollen.

Das Weiße Haus scheint nicht über ein militärisches Engagement der USA in der Ukraine nachzudenken. In der sorgfältig formulierten Erklärung, die Präsident Obama am Freitag abgegeben hat (nachzulesen unter <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/02/28/statement-president-ukraine>), fehlte die Feststellung, dass eine Destabilisierung der Ukraine die Sicherheit der USA bedrohe würde. Stattdessen sagte Obama nur, die Destabilisierung der Ukraine sei "weder im Interesse Russlands noch Europas".

Europäische Offizielle zeigten sich zwar besorgt über die von Russland in Gang gesetzte militärische Eskalation, konnten aber auch nicht sagen, wie Putin gestoppt und bestraft werden könnte. Die EU hat genügend eigene Probleme und zögert, sich stärker für die Ukraine zu engagieren, weil sie wirtschaftliche Nachteile bei Geschäften mit Russland, einem ihrer größten Handelspartner, fürchtet.

"Der Welt steht am Rande eines Konflikts, dessen Ausgang nicht abzuschätzen ist," sagte der polnische Premierminister Donald Tusk, dessen Land eine Grenze mit der Ukraine teilt. Tusk hofft auf ein klares Signal Europas, "dass es eine militärische Aggression nicht dulden werde", wollte aber auch keine konkreten Maßnahmen nennen.

Bei einem Besuch in Kiew forderte der türkischer Außenminister Ahmet Davutoglu, die Spannungen durch internationale diplomatische Bemühungen abzubauen.

Der UN-Sicherheitsrat will sich am Samstag in einer nicht öffentlichen Sitzung erneut mit der Ukraine beschäftigen; das ist die zweite Sitzung in zwei Tagen. Es besteht aber nicht die geringste Chance, dass er die russischen Intervention in einer Resolution verurteilen wird, weil Russland sein Veto dagegen einlegen würde.

Auch andere Reporter der Associated Press haben zu diesem Bericht beigetragen: Monika Scislowska in Warschau, Shawn Pogatchnik in Dublin, Januar Olsen in Kopenhagen, Suzan Fraser in Ankara, Karel Janicek in Prag und Greg Katz in London.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. In Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak und in Libyen haben die USA und die NATO ohne UN-Mandat eingemischt. Sie würden sich trotz eines russischen Vetos auch in der Ukraine einmischen, wenn Russland keine Atomwaffen hätte, die auch die USA erreichen können. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STARS AND STRIPES

Analysis: Limited US, European options in Ukraine

By JULIE PACE, Associated Press

Published: March 1, 2014

WASHINGTON — Despite blunt warnings about costs and consequences, President Barack Obama and European leaders have limited options for retaliating against Russia's military intervention in Ukraine, the former Soviet republic now at the center of an emerging conflict between East and West.

Russian President Vladimir Putin has so far dismissed the few specific threats from the United States, which include scrapping plans for Obama to attend an international summit in Russia this summer and cutting off trade talks sought by Moscow.

Because Ukraine does not have full member status in NATO, the U.S. and Europe have no obligation to come to its defense. Broader international action through the United Nations seems all but impossible, given Russia's veto power as a member of the Security Council.

"There have been strong words from the U.S. and other countries and NATO," said Kier Giles, a Russian (?) military analyst at the Chatham House think tank in London. "But these are empty threats. There is really not a great deal that can be done to influence the situation."

As if to underscore that point, Putin on Saturday requested and was granted permission to use Russia's military not just in the pro-Russian region of Crimea, but also throughout Ukraine. Putin's request came one day after Obama warned that any violation of Ukraine's "sovereignty and territorial integrity would be deeply destabilizing."

Saturday's developments follow three months of political upheaval in Ukraine following President Viktor Yanukovich's rejection of a partnership agreement with the European Union in favor of historical ties with Moscow. Yanukovich fled Kiev, Ukraine's capital, last week and now is in Russia.

Putin's moves are sure to deepen tensions in his already troubled relationship with Obama, who has struggled to find a formula for getting the Russian leader to change his calculus on myriad issues.

American efforts to punish Russia on Ukraine and other matters have been complicated by the White House's need for Russian cooperation on stopping Syria's civil war, negotiating

a nuclear accord with Iran, and transporting American troops and equipment out of Afghanistan through Russian supply routes.

"We face a difficult choice of punishing Russia by effectively punishing ourselves," said Andrew Kuchins, the director of the Russia program at the Washington-based Center for Strategic and International Studies.

Obama has tried to use his travel plans to Russia as a bargaining chip before, in the hopes that Putin might bend under the threat of a diplomatic embarrassment. Last summer, the White House dangled the prospect of canceling a bilateral summit between Obama and Putin as it pressed Russia to return National Security Agency leaker Edward Snowden to the United States.

When Russia instead granted Snowden temporary asylum, Obama scraped his one-on-one meeting with Putin, but still attended an international meeting in St. Petersburg.

U.S. officials say they are in discussions now with European officials about Obama and other leaders possibly skipping the Group of Eight economic summit scheduled for June in Sochi, the site of the just-concluded Winter Olympics.

The White House appears to be giving no serious consideration to American military involvement in Ukraine. In his carefully worded statement Friday, Obama avoided saying that a destabilized Ukraine would be a national security concern for the U.S. Instead, he said only that it was "not in the interest of Ukraine, Russia, or Europe."

In Europe, officials expressed concern about the Russian military escalation, but offered few specific options for stopping or punishing Putin. The European Union, dealing with its own internal problems, has appeared reluctant to fully embrace troubled Ukraine or risk the economic consequences of confronting Russia, one of its largest trading partners.

"The world is on the verge of a conflict the outcome of which cannot be perceived yet," said Polish Prime Minister Donald Tusk, whose country shares a border with Ukraine. Tusk appealed for on Europe to send a "very clear signal" that it will not tolerate acts of aggression, but he did not outline specific steps.

In Kiev, Turkish Foreign Minister Ahmet Davutoglu called for international diplomacy to reduce tensions.

The U.N. Security Council planned to hold a closed-door meeting on Ukraine Saturday, its second in two days. But there's virtually no chance of getting even a resolution condemning Russian intervention given Russian veto power at the U.N.

Associated Press writers Monika Scislovska in Warsaw, Poland, Shawn Pogatchnik in Dublin, Jan Olsen in Copenhagen, Suzan Fraser in Ankara, Turkey, Karel Janicek in Prague, and Greg Katz in London contributed to this report.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern